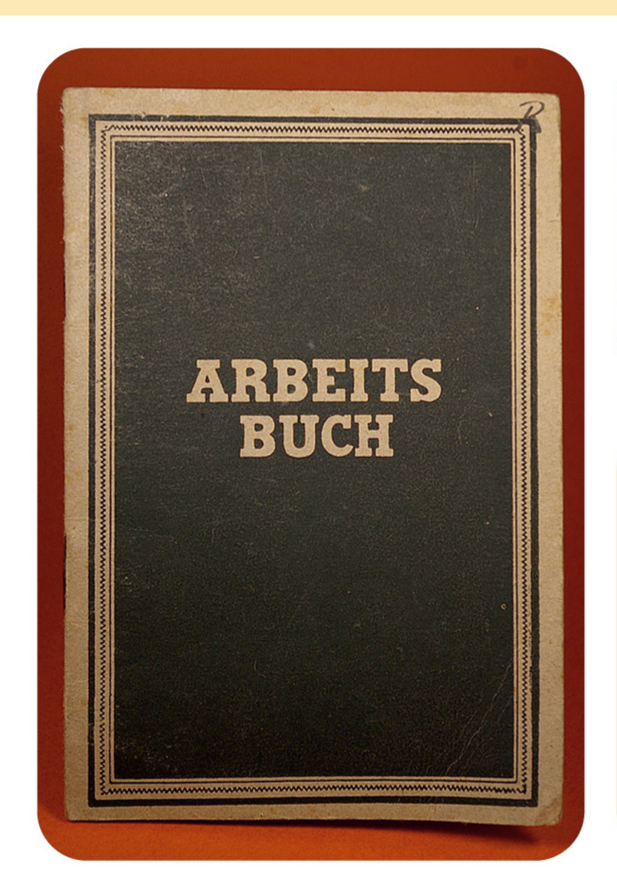
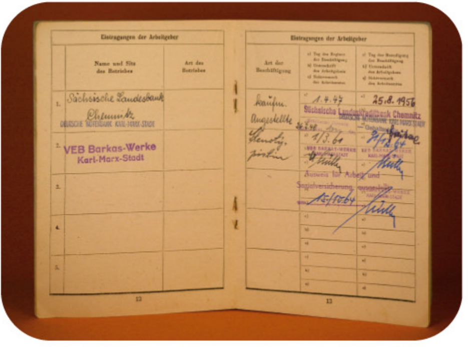
Arbeit in der DDR
– vom Recht, eine Pflicht zu erfüllen





DAS FUNDBÜRO

Oliver Kloss

Mittwoch, 14.03.2012

um 19:00 Uhr

Arbeit ist weitgehend ein Synonym für Wohlstand, eine Möglichkeit zur Teilhabe am kulturellen Leben und gesellschaftliche Anerkennung. Konsequenterweise ist demzufolge Vollbeschäftigung das Ziel aller großen Parteien.

In der DDR, dem „Arbeiter- und Bauernstaat", der er seinem Selbstverständnis nach war, gab es sowohl das „Recht auf Arbeit", als auch die „Pflicht zur Arbeit". „Asoziales" Verhalten sowie die „Gammelei arbeitsscheuer Elemente" konnte mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren geahndet werden. Aber nicht Jeder konnte jederzeit in dem Bereich arbeiten, wo seine Talente lagen und für den er Lust verspürte.

Der Politikwissenschaftler Oliver Kloss wird uns einen Einblick in dieses umstrittene Thema verschaffen.

Eintritt Frei!

Das Fundbuero · Georg-Schwarz-Str. 14, 04177 Leipzig
www.dasfundbuero.org · vermittlerin@dasfundbuero.org
0341 604 250 66

Arbeit in der DDR

Ausgewählte historische Daten

Oliver.Kloss@gmx.de | http://www.mendeley.com/profiles/oliver-kloss

„In manchen Ländern hat man angestrebt, daß es einem Bürger nicht gestattet ist, die Gegend, in der er zufällig geboren ist, zu verlassen. Der Sinn dieses Gesetzes liegt auf der Hand: ‚Dieses Land ist so schlecht und wird so schlecht regiert, daß wir jedem verbieten, es zu verlassen, weil es sonst die ganze Bevölkerung verlassen würde'."

Voltaire (1694–1778)

(Abbé Beichtkind Cartesianer. Philosophisches Wörterbuch, Artikel „Gleichheit", Reclam, Leipzig, 1984, S. 173)

1945 09. Juni – Bildung der sowjetischen Militäradministration in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

03.-11. September – Verordnungen zur Bodenreform

1946 21.-22. April – Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Staatspartei SED (Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands)

17. August – SMAD-Befehl Nr. 253: **Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit** für Arbeiter und Angestellte, Männer, Frauen und Jugendliche.

1947 11. Juni – SMAD-Befehl Nr. 138: Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK)

09. Oktober – SMAD befiehlt Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zum Kampf gegen das „Bummelantentum".

1948 09. März – DWK wird zur zentralen Lenkung der Wirtschaft in der SBZ bevollmächtigt.

23. Juni – Einführung der Mark als Antwort auf die Währungsreform in den Westzonen.

24. Juni – Beginn der Blockade West-Berlins durch die DDR. Die Stadt wird von Flugzeugen über die „Luftbrücke" versorgt.

29.-30. Juni – Zentrale Planwirtschaft beginnt mit dem von der SED beschlossenen ersten Zweijahrplan.

13. Oktober – Adolf Hennecke übererfüllt als Bergarbeiter im Schacht sein Soll um sagenhafte 380 Prozent. Diese gut vorbereitete Propaganda-Aktion stilisiert diesen Arbeiter zum Vorbild der staatlich organisierten „Aktivistenbewegung".

1949 25. Januar – Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

07. Oktober – Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik" (DDR) in Ost-Berlin: Bildung provisorischer Regierung und Konstituierung der provisorischen Volkskammer (Pseudo-Parlament mit Vertretern der Blockparteien unter Führung der SED). Berlin (Ost) wird zur Hauptstadt der DDR erklärt.

1950 19. April – Volkskammer verabschiedet das „Gesetz der Arbeit", das ein **Recht auf Arbeit** garantiert.

29. September – Beitritt der DDR zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

1951 01. Januar – Beginn des 1. Zweijahrplanes.

08. Oktober – Lebensmittelrationierung wird in der DDR aufgehoben (Ausnahmen: Fleisch, Fett und Zucker).

1952 9.-12. Juni – 2. Parteikonferenz der SED beschließt „planmäßigen Aufbau des Sozialismus der DDR", die Kollektivierung der Landwirtschaft durch Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) wird eingeleitet.

1953 28. Mai – Ministerrat der DDR beschließt Arbeitsnormerhöhungen.

17. Juni – **Volksaufstand** in Ost-Berlin und in der DDR. Durch Einsatz der Sowjetarmee kann der Aufstand gewaltsam erfolgreich niedergeschlagen werden.

1954 03. September – Ministerrat beschließt umfangreiche Preissenkungen für Lebensmittel, Genussmittel und Gebrauchsgüter sowie die Post- und Telegramm-Gebühren.

1955 25. Januar – Erklärung der Sowjetunion, der Kriegszustand mit Deutschland sei beendet.

18. August – Ministerrat beschließt vollständige Eingliederung des Handwerks in die Planwirtschaft.

1956 16. November – Erhöhung aller Renten um 30 Mark und Festsetzung der Mindestrente auf 105 Mark.

1957 18. Januar – Volkskammer-Beschluss „Gesetz über die schrittweise Einführung der 45-Stunden-Woche"

04. Oktober – Sowjetunion schießt Sputnik in den Weltraum; in den westlichen Staaten als sogenannter „**Sputnik-Schock**" wahrgenommen. D. h. wer annahm, Planwirtschaft müsse die technologische Rückständigkeit der Sowjetunion und ihres Machtbereiches festigen, fand sich getäuscht. Allein das Vertrauen in die marktförmige Wirtschaftsweise genügte nicht. Im Bereich der Weltraum-Technik wurde die Sowjetunion von den staatlichen Förderprogrammen der USA bald technologisch überholt.

1958 29. Mai – Abschaffung der Lebensmittelkarten

10.-16. Juli – V. Parteitag der SED: Beschluss eines Wirtschaftsprogrammes mit dem Ziel, binnen drei Jahren den Lebensstandard der Bundesrepublik zu übertreffen („Überholen ohne einzuholen!" – Diese Losung meinte: Höheren Lebensstandard ohne Kapitalismus erreichen.).

02. Dezember – Zentralkomitee (ZK) der SED schlägt Aktionseinheit mit der SPD und den Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland vor.

1959 3. Juni – Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktions-genossenschaften (LPG)

01. Oktober – Volkskammer-Beschluss nach Vorbild der UdSSR: Siebenjahresplan für die DDR-Wirtschaft.

1960 14. April – Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft.

1961 12. April – Volkskammer verabschiedet das „Gesetzbuch der Arbeit" Es enthält **kein Streikrecht**! (Im Sinne Lenins haben Gewerkschaften im Sozialismus die Aufgabe, „Transmissionsriemen" des Willens der herrschenden Arbeiterpartei zu sein. Diese Ideologie lässt eine berechtigte Interessen-Differenz nicht zu. Die Logik des identitären „Leninismus" hat in der Bundesrepublik auch schon so mancher Arbeitgeber-Verband strapaziert, z. B. gabe es schon Plakate von Gesamtmetall: „Wer jetzt streikt, streikt gegen sich selbst!")

16. August – Sperrung der Grenze zur Bundesrepublik für alle Bewohner der DDR und Ost-Berlins, Mauerbau.

30. Dezember – Interview Ulbrichts in der sowjetischen Prawda: Massenflucht in die Bundesrepublik verursache einen „Schaden von 30 Milliarden Mark".

1962 24. Januar – Gesetz zur allgemeinen Wehrpflicht verabschiedet.

24. Mai – Bildung eines Volkswirtschaftsrates als Organ des Ministerrates.

1963 15. Juli – Staatsrat bestätigt die vom Ministerrat über die Richtlinie „Neues Ökonomisches System der Planung und der Leitung der Volkswirtschaft" (NÖSPL) beschlossene Wirtschaftsreform.

17. Dezember – Erstes Passagierscheinabkommen: Besuche zu Weihnachten gestattet.

1964 07. September – Einführung des **Bausoldatendienst**es, des Wehrdienstes ohne Waffe.

09. September – Ministerrat gestattet **Besuchsreisen für Alters- und Invaliden-Rentner** in die Bundesrepublik und nach West-Berlin.

25. November – Festsetzung eines **Zwangsumtausch**es von DM in Mark der Deutschen Notenbank der DDR für Besucher aus dem Westen.

1965 14. Juli – Sowjetunion und DDR beschließen Abkommen über den Bau von Atomkraftwerken in der DDR. (Der erste in der Bundesrepublik hergestellte Reaktor läuft seit 1962 in Karlsruhe.)

22. Dezember – Ministerrat beschließt Auflösung des Volkswirtschaftsrates und Errichtung von neun Industrie-Ministerien.

1966 Ab 1. April gilt die **wöchentliche Arbeitszeit** von **45 Stunden**.

09. Mai – Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes der DDR in Rheinsberg.

1967 23. Februar – in der Bundesrepublik wird das erste Konjunkturprogramm im Sinne von John Maynard Keynes verabschiedet, wodurch auch Marxisten gezeigt werden konnte, wie Kapitalismus die Krisen zu regulieren vermag, die Marxisten sich notwendig system-sprengend vorstellen zu müssen glaubten.

28. August – **Fünf-Tage-Woche mit 43,5 Stunden Arbeitszeit** wird eingeführt. – Sie besteht fort bis zur revolutionären Überwindung der DDR.

1968 15. März – Staatsrat beschließt Erhöhung der Mindestrente ab 1. Juli auf 150 Mark.

1971 01. März – Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten.

03. Mai – 16. Tagung des ZK der SED, Absetzung Walther Ulbrichts aus „Altersgründen" und Wahl von Erich Honecker zum 1. Sekretär der SED.

1972 18. Mai – **Letzte Verstaatlichungswelle** gelangt zum Abschluss, auch Firmen mit bisheriger halbstaatlicher Beteiligung im Industrie- und Bau-Bereich werden nun verstaatlichtes „Volkseigentum".

21. Dezember – Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

1973 23. Februar – DDR wird Mitglied der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD).

18. September – Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die **UNO**.

02. Oktober – ZK-Plenum beschließt „Lösung der Wohnungsfrage" bis 1990.

05. November – Verdoppelung des Mindestumtausches für Besucher aus nichtsozialistischen Staaten.

19. Dezember – Bürger dürfen in der DDR mit Devisen im „**Intershop**" einkaufen.

1974 26. Oktober – Mindestumtauschsatz für Besucher der DDR wird gesenkt.

11.-12. Dezember – Abkommen über Entsorgung von Müll aus dem Westen gegen Devisen-Zahlungen an die DDR.

1976 27. Mai – Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten.

16. November – Ausbürgerung Wolf Biermanns während einer Tournee durch die Bundesrepublik.

1977 16. Juni – Volkskammer verabschiedet neues Arbeitsgesetzbuch.

26. September – Erich Honecker verteidigt die Intershops mit dem Hinweis auf den volkswirtschaftlichen Nutzen der Devisen für die DDR und kündigt den Aufbau der **Exquisit-Läden** an.

30. November – DDR importiert 10.000 VW-Golf, die nur in Ost-Berlin zugeteilt werden („für die oberen 10.000"). Vox populi – Volkes Stimme: *„Wie wir heute arbeiten, werden die Berliner morgen leben."* Der zentralistische SED-Staat bot der Konzentration von Funktionären in der „Hauptstadt der DDR" einige Vergünstigungen (Berlin-Zuschlag etc.), die in der Peripherie mit der Funktion der Stadt gegenüber West-Berlin als „Schaufenster des Sozialismus" zu rechtfertigen

versucht wurden. Die komische Metapher vom „Schaufenster", das etwas zeigt, was es drinnen so nicht gibt, wurde nicht bedenklich empfunden.

1978 26. August – 3. September Weltraumflug „des ersten Deutschen im All": Kosmonaut Sigmund Jähn. (Eine eigentlich ideologie-widrige Umwertung des Nation-Begriffs im Marxismus-Leninismus.)

1979 01. Januar – Allen Beschäftigten wird der **Mindesturlaub** von 15 auf **18 Tage** erweitert.

24. September – Das „Neue Deutschland", die Zeitung der Staatspartei SED, veröffentlicht einen Amnestie-Beschluss des Staatsrates zum 30. Jahrestag der DDR (ausgenommen sind Nazi- und Kriegsverbrecher, Spione, schwere Gewaltverbrecher und Wiederholungstäter; lebenslange Haftstrafen werden auf 15 Jahre herabgesetzt). Zwischen 10. Oktober und 14. Dezember werden rund 21.000 Gefangene entlassen, unter ihnen auch der sich auf den Berlin-Status des Potsdamer Abkommens berufende Berliner Wehrdienstverweigerer Nico Hübner sowie der Regimekritiker Rudolf Bahro, der Autor der „Alternative zum real existierenden Sozialismus", beide reisen in die Bundesrepublik aus.

14. Dezember – Preiserhöhung für hochwertige Industriewaren.

1980 13. Oktober – Erhöhung des Mindestumtausches führt zu erheblichem Rückgang der Besucherzahlen aus dem Westen.

1983 01. Juli – Bundesregierung bürgt für einen **Milliardenkredit** der Bayerischen Landesbank an die DDR – vermittelt durch den westdeutschen CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Bayerns, Franz Josef Strauß. Aus Protest haben Mitglieder die CSU verlassen. Ein Teil der Ausgetretenen gründete im November die Partei „Die Republikaner".

1985 25. Juli – Die Bundesregierung bürgt für einen **950-Millionen-DM-Kredit** an die DDR. Senkung des Mindestumtausches für Rentner.

Im November wurden alle Bodenminen entlang der innerdeutschen Grenze beseitigt.

1986 21.-26. Oktober – Erich Honecker in der VR China: Unterzeichnung des Abkommens zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.

1988 28. November – Anhebung der Mindestrenten.

1989 09. Oktober – Nach den Tagen der Gewalt der Sicherheitsorgane in Dresden und Leipzig gelingt in Leipzig nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche die erste friedliche Massendemonstration mit ca. 100.000 Beteiligten: „Tag der Entscheidung" für die subversiven Bürgerrechtsgruppen in Leipzig.

18. Oktober – Erich Honeckers Absetzung von allen Ämtern wird als „Rücktritt auf eigenen Wunsch" bekannt gegeben, Egon Krenz wird Nachfolger.

23. Oktober – in Leipzig demonstrieren 300.000 Menschen.

09.-10. November – Öffnung der Grenzen nach West-Berlin und zur Bundesrepublik Deutschland.

03. Dezember – Rücktritt des Politbüros unter Egon Krenz sowie des ZK der SED, Ausschluss Erich Honeckers aus der Partei. Hans Modrow übernimmt die Staatsführung.

19. Dezember – Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor der Frauenkirche in Dresden – Hans Modrow fragt ihn ernstlich nach dem für den Herbst 1989 geplanten nächsten Milliardenkredit für die DDR.

1990 18. März: Die erste freie Wahl zur Volkskammer gewinnt die von der CDU angeführte „Allianz für Deutschland".

01. Juli – Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion: Zahlungmittel im Gebiet der Noch-„DDR" wird die DM, die Deutsche Mark.

20. September: Die Volkskammer und der Bundestag stimmen für die Einigungsverträge.

03. Oktober – „Tag der deutschen Einheit", Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß der Einigungsverträge, d. h. die rechtliche Einheit des Staates Bundesrepublik Deutschland wird zugunsten zweier getrennter Rechts-Gebiete aufgegeben.
Nicht nur für eine Übergangsfrist gilt unterschiedliches Recht, in Tarifverträgen sogar noch heute.

Es ist heute bisweilen verwunderlich, wenn dem DDR-Staat eine Art von „Sozialstaatlichkeit" nach-phantasiert wird. Es herrschte Arbeitspflicht und wer sich ihr auch nur drei Monate entzogen hatte, musste mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren rechnen. In den letzten Jahren des DDR-Staates gab es eine Art „Sozialhilfe" für Arbeitsunfähige bzw. unfreiwillig Arbeitslose, die in der Höhe von 35 DDR-Mark wöchentlich gezahlt wurde. Auch bei sehr niedrigen Mieten war dieser Betrag zum Leben gar zu wenig.

Ebenso abwegig ist die Vorstellung, der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus hätte sich in der Systemkonfrontation zum Realsozialismus als human beweisen müssen. – In dieser Logik wäre die Existenz des Realsozialismus sogar erforderlich gewesen, um den Wohlfahrtsstaat im Westen zu erschaffen und zu bewahren.

Auch die naiven Behauptungen, die DDR sei aus wirtschaftlichen Gründen unhaltbar geworden, sei gar an der Unfinanzierbarkeit der eigenen „sozialen Maßnahmen" gescheitert, verraten bestenfalls ein sehr aktuelles medial-demagogisches Interesse so genannter „neo-liberaler" politischer Strategien.

Ein Blick nach Korea dürfte alljene ernüchtern, die solchen wüsten Spekulationen erlegen sind. Vor der Diktatur Nordkoreas muss Südkorea sich nicht als human rechtfertigen. Auch Kuba zeigt, wie wenig die wirtschaftliche Situation zu bedeuten hat, solange es dem Staat und seinen Sicherheitsorganen gelingt, organisierten Widerstand, der um Massenwirksamkeit ringt, zu unterbinden.

Das Lohnniveau im DDR-Staat war sehr niedrig, daher strebten in den meisten Familien beide Partner nach Vollzeit-Beschäftigung, um sich einen „kleinen Wohlstand" sichern zu können. Die Urlaubszeiten lagen weit unter denjenigen, die westliche Gewerkschaften im demokratisch gesteuerten Kapitalismus in freien Tarif-Kämpfen errungen hatten.

Der Asozialitäts-Paragraph im „Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik (StGB)“

§ 249 StGB:

Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten

(1) Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt, indem er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, wird mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer der Prostitution nachgeht oder in sonstiger Weise die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch eine asoziale Lebensweise beeinträchtigt.

(3) In leichten Fällen kann von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit abgesehen und auf staatliche Kontroll- und Erziehungsmaßnahmen erkannt werden.

(4) Ist der Täter nach Absatz 1 oder 2 oder wegen eines Verbrechens bereits bestraft, kann auf Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren erkannt werden.

(5) Zusätzlich kann auf Aufenthaltsbeschränkung und auf staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht erkannt werden.

Dieser berüchtigte und gefürchtete Asozialitäts-Paragraph wurde bis Mitte der 80er Jahre angewandt.

Der Paragraph wurde nie aus dem Strafgesetzbuch getilgt, aber als es in der „DDR“ erste unfreiwillige Arbeitslose gab, konnte er nicht mehr systematisch umgesetzt werden. Unfreiwillige Arbeitslose erhielten in der „DDR“ 35 DDR-Mark pro Woche.

Erst die ausgesetzte Anwendung des Asozialitäts-Paragraphen ermöglichte die Anstellung hauptamtlicher Mitarbeiter im organisierten Widerstand. So bezahlte der Arbeitskreis Gerechtigkeit in Leipzig mehrere Mitarbeiter aus Spenden-Geldern.

Empfehlung zum Thema Asozialitäts-Paragraph:
Film von Peter Grimm „Aufsässig oder arbeitsscheu?“
im Auftrag des mdr von 2006.

Aus der Rede des Sächsischen Staatsministers Dr. Hans Geisler vor dem Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 17. März 2000

Der Sächsische Staatsminister Dr. Hans Geisler (CDU) konnte anlässlich der Sonderveranstaltung am 17. März 2000 zum 10. Jahrestag der ersten freien Volkskammer-Wahl der "DDR" eine Rede vor dem Deutschen Bundestag halten.

Darin erinnerte der CDU-Politiker an die Verhältnisse im DDR-Sozialismus, indem er die Verbesserungen aufzählte, die der Sozialstaat der Bundesrepublik infolge der staatlichen Einheit den Ostdeutschen gebracht hatte.

Der Angriff der konservativ-rechtsliberalen Koalition auf den Sozialstaat von 1993/94 war dereinst an der SPD und den Gewerkschaften weithin gescheitert. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe war in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl misslungen.

Ein Jahrzehnt später gelang die Umsetzung der reaktionären Konter-Reformen durch rechte Sozialdemokraten und Bündnis 90/ Die Grünen. Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder bildete sich eine übergroße Koalition gegen den Sozialstaat, wie es sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben hatte. Die stärkste Oppositionspartei CDU dankte dem Bundeskanzler für die Hartz-Gesetze.

Nachstehend ein bemerkenswertes Zitat aus der Rede des sächsischen CDU-Politikers aus besseren Zeiten, aus der Zeit vor 2005.

Die Politik neo- bzw. anti-liberaler Umverteilung klingt auch hier an in Form der Senkung umlagefinanzierter Altersrente. Dabei dient der Verweis auf die extremen DDR-Verhältnisse argumentativ der Verharmlosung des beabsichtigten Sozialabbaus in der Bundesrepublik:

… Wir haben viel erreicht. In Ostdeutschland wurden über Nacht eine stabile soziale Sicherung und bessere Verhältnisse aufgebaut. Ich rufe einige Veränderungen in Erinnerung, und zwar gerade die Dinge, die uns damals und heute durchaus zufrieden und froh sein lassen können: eine generelle **Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 43 3/4 auf 40 Stunden** - daran denkt heute kaum noch jemand –, die **Anhebung der Mindestrenten zum 1. Juli 1990 von 330 Mark auf 495 D-Mark** – […] **Erhöhung um 165 D-Mark** […] –, die Einführung der gegliederten Sozialversicherung ab 1991 mit all den Vorteilen **einer guten medizinischen Versorgung**, die vielfältigen Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung und der **dynamischen Rente sowie die Einführung der Kriegsopferversorgung**, womit eine 45jährige Ungerechtigkeitsphase behoben worden ist. – Noch ein

Hinweis zur Rentenversicherung: Die **Durchschnittsrente von 493 Mark am 30. Juni 1990 lag ab 1. Juli 1990 bei 654 D-Mark und ein Jahr später bereits bei 864 D-Mark.**

Meine Damen und Herren, bei der jetzigen Debatte über die Neustrukturierung der Rente sollte man sich immer in Erinnerung rufen, dass **1990 das Durchschnittseinkommen eines Rentnerhaushaltes in der DDR bei 37% des Durchschnittseinkommens eines Erwerbstätigenhaushaltes** lag. **Aus diesen 37% sind schon Anfang 1991 58% geworden.**

Ich nenne weiterhin den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der bei uns gesichert werden konnte, noch bevor er in ganz Deutschland eingeführt wurde. Der Bund hatte sich verpflichtet, bis Mitte 1991 die dafür anfallenden Kosten zu übernehmen. Damit wurde den Berufs- und Lebensbiographien von ostdeutschen Müttern entsprochen, die mit den Gegebenheiten und Bedürfnissen in den alten Bundesländern nicht vergleichbar waren. **Kindergeld und Erziehungsgeld** wurden bei uns ohne Abschlag, also in gleicher Höhe wie in der alten Bundesrepublik, eingeführt.

Aber im Besonderen möchte ich an etwas anderes erinnern, nämlich an die segensreiche Wirkung des neuen Rechts für die Behinderten. Die **Kategorie[n] „bildungsunfähig" und „förderunfähig" wurden mit der Einheit Deutschlands abgeschafft**, also die Klassen in einer klassenlosen Gesellschaft, die besonders menschenunwürdig lebten. Das Sofortprogramm der Bundesregierung zur **Verbesserung der ambulanten Versorgung** älterer und behinderter Menschen in der DDR hat dies ermöglicht. […] In diesem Zusammenhang nenne ich […] die **Sonderprogramme für den Aufbau der Krankenhäuser und der Pflege- und Altenheime** und die entsprechenden Gesetze. […]

Es gibt auch Regelungen, die schmerzhaft sind […] Ich denke dabei an den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung".

Aber im Ganzen gesehen können wir sagen, dass dieses gewaltige Einigungswerk, das mit den freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 begann, etwas ist, was in der Welt bisher noch nie vorgekommen ist.

Geisler, Hans: Der 18. März 1990 - unser Tag der Freiheit. In: Information & Dokumentation, 8. Jahrg., Heft 02 (2000), Dresden, S. 2-4, S. 3 f. [Hervorhebungen von Oliver Kloss].

Arbeit in der DDR

Anja Ziebarth

Steht heute die Schaffung von Arbeitsplätzen auf der Agenda fast jeder politischen Partei, so war in der DDR mit der propagierten Vollbeschäftigung der vermeintliche Idealzustand schon erreicht. Auch in der Erinnerung vieler ehemaliger DDR-Bürger wird die Vollbeschäftigung, insbesondere mit Blick auf heute zunehmend prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse, als eine Errungenschaft des DDR-Sozialismus bewertet.

Mit dem in Artikel 24 der Verfassung der DDR verankerten „Recht auf Arbeit" wurde jedoch ebenso untrennbar die „ehrenvolle Pflicht" zur Arbeit verknüpft und abweichendes Verhalten kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Diese repressive Arbeitsgesetzgebung und ihre historische Entwicklung innerhalb der 40jährigen Geschichte stellte der Politikwissenschaftler Oliver Kloss unter dem Titel „Arbeit in der DDR" am 14.3.2012 im *Fundbuero* vor. Dabei stützte er sich vor allem auf die sogenannte Staatsklassentheorie als analytisches Instrument in Anlehnung an Karl August Wittfogel (1896-1988): Demnach stand der Arbeiterklasse eine herrschende Staatsklasse vor, die im Laufe der vier Jahrzehnte nicht mehr als 53 Menschen ausmachte. Gestützt auf eine etwa 10.000 Menschen zählende Funktionselite sicherten sie ihre Macht. In seiner einführenden, bewusst provokanten These beschrieb Kloss die Funktionsweise der DDR nach dem Muster eines „Arbeitslagers", das lediglich Alten und Invaliden aufgrund ihrer mangelnden Arbeitskraft den Austritt zugestand. Über den Abend hinweg entstand eine bewegte Diskussion, die zum einen aufzeigte, dass die Erfahrungswelt der Anwesenden nicht deckungsgleich war mit den Beurteilungen der Gesetzeslagen. Zum anderen halfen die Schilderungen, Einblicke in die Arbeitsrealität zu veranschaulichen. So berichtete beispielsweise ein Besucher von seinen Erlebnissen als Bausoldat, und es entspann sich eine Debatte über den Einfluss der Einträge in der Kaderakte auf den einzelnen Arbeitnehmer. Einerseits sollten diese Einträge laut Gesetz nach drei Jahren gelöscht werden, andererseits jedoch wurde die darüber hinausreichende, teils recht akribische Berichterstattung durch überengagierte Kaderleiter gefördert.

Der Abend machte aber vor allem deutlich, dass der vom Referenten verwendete Begriff des „Arbeitslagers" zur Kennzeichnung der Arbeitsrealität in der DDR auf Unverständnis und Widerspruch bei den Anwesenden stieß und aufgrund der Assoziationen zum System nationalsozialistischer Konzentrationslager oder dem stalinistischen GULAG als unhaltbar abgelehnt wurde. Diese Position war allerdings weniger getragen von der Befürwortung der damaligen Verhältnisse als vielmehr von den eigenen Erfahrungen innerhalb der Arbeitswelt der DDR.

In: Fundstücke aus dem Fundbuero. Nr. 4, Sommer/ Herbst 2012, Seite 2

http://www.dasfundbuero.org

März in
Das Fundbuero



Liebe *Fundbuero*-Freunde,
Ja, wir wissen – seit Monaten haben wir kein Lebenszeichen von uns gegeben. Aber wir leben noch und waren in der Zwischenzeit sehr umtriebig. Im Dezember haben wir unseren jährlichen Weihnachtsbastelabend veranstaltet und im Januar einen Abend organisiert, um das Projekt „Koffer der Erinnerungen“ unseren Zentrale-Besuchern vorzustellen. Apropos „Koffer der Erinnerungen“ – das Projekt geht mit vielen Termin-Nachfragen (Buchungen liegen schon bis Juli vor!) und neuen Format-Entwicklungen weiter. Und was gibt es noch Neues?

Veranstaltungen im März - Lesefieber
Im Frühling ist Buchmesse-Zeit, weswegen wir im März zwei Lesungen veranstalten werden.
Am **Mittwoch, den 12.3.2014**, wird **Holger Leisering** aus „Epimetheus oder Kühlschrank auf dem Ast“ lesen. Das Buch erzählt humorvoll die Lebensgeschichte eines DDR-Bürgers, dem vom mangelhaft entnazifizierten Großvater, der hysterischen Mutter und den „zuständigen Organen“ befohlen wird, seiner Pflicht zur Arbeit nachzukommen. Als Teil unserer regelmäßigen Veranstaltungsreihe fängt der Abend **um 19 Uhr** an.
Und am **Samstag, den 15.3.2014**, ist *Das Fundbuero* auch bei „Leipzig Liest“ wieder dabei. Um **18 Uhr** wird **Norbert Marohn** die Zentrale besuchen, um über das Wende-Jahr zu erzählen. In seinem Buch „Wie nie zuvor“ erzählt er vom ganzen Jahr 1989, vom „ganz normalen" Leben: dem Alltag im Volkseigenen Betrieb über die „Parteiarbeit", bis hin zur Liebe unter Männern.
Schließen Sie sich uns für zwei spannende Abende an!

Fördermitglied werden!
Das erste Quartal 2014 ist fast vorbei, doch die Möglichkeit, Mitglied von *Das Fundbuero* e.V. zu werden, besteht noch immer. Eine Mitgliedschaft (2€ pro Monat, 24€ im Jahr) hilft z.B. dabei, die Werbung für eine Veranstaltung zu finanzieren. Satzung und Eintrittsformular ist hier zu finden.

Vorschau
Der Frühling bringt auch den Frühjahrsputz mit sich – **3.5.2014** in der Leipziger Zentrale.
Zudem bereiten wir uns derzeit für Veranstaltungen im Mai auf das Thema „Auto in der DDR“ vor. Referenten sind noch gesucht – gern können Sie sich bei Peggy Freund (archivarin@dasfundbuero.org) melden.

Bis dahin mit vielen Grüßen,
Ihr *Fundbuero*-Team

Über
Das Fundbuero

Das Fundbuero ist ein fortlaufendes Projekt über die DDR, die Wende, Geschichte und Identität. Die Leipziger Zentrale des *Fundbueros* befindet sich in der Georg-Schwarz-Straße 14 und ist Mittwoch von 11-16 Uhr und Donnerstag von 11-17 Uhr für verschiedene Archivierungen geöffnet. Sonderveranstaltungen bieten darüber hinaus weitere Möglichkeiten für einen Austausch zwischen den Teilnehmern. *Das Fundbuero* strebt danach, gemeinsam mit den Teilnehmern eine Plattform für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen, indem es die Gestaltung einer Geschichte durch die Menschen, die diese selbst erlebt haben, unterstützt.

Wir freuen uns über Ihre Spenden

Das Fundbuero e.V.
GLS Bank
BLZ 430 609 67
Konto 113 122 53 00

Das Fundbuero e.V.
Georg-Schwarz-Str. 14
04177 Leipzig
+49 (0)341 604 250 66
vermittlerin@dasfundbuero.org
www.das fundbuero.org